



Luzern, 12. März 2010

Medienmitteilung

Für den Polizeibeamtenverband ist der Nationalratsentscheid unverständlich

Nun ist es also definitiv: private Sicherheitsangestellte dürfen an den Grenzen die Autobahnvignetten kontrollieren! Dies beschloss gestern der Nationalrat auf Antrag der Einigungskonferenz, obwohl er vorher dafür plädiert hatte, die Vignetten-Kontrolle nicht an Dritte auszulagern. Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB ist enttäuscht über diesen Sinneswandel und über das widerstandslose Einschwenken auf die Meinung von Bundes- und Ständerat. Als besonders heikel taxiert VSPB-Generalsekretär Max Hofmann die Tatsache, dass mit der Kontrolle auch das Verhängen von Bussen verbunden und die Strafverfolgung tangiert ist: «Private dürfen nicht das Recht erhalten, Personen oder Fahrzeuge zu kontrollieren. Dies gehört ganz klar in den Kompetenzbereich staatlicher Sicherheitskräfte.» Seit Jahren prangert der Verband, dem schweizweit rund 23'000 Mitglieder oder mehr als 90 Prozent aller Polizistinnen und Polizisten angehören, die Auslagerung staatlicher Aufgaben an private Unternehmen ab. Welche Schwierigkeiten und Gefahren damit verbunden sind, zeigte er in zwei fundierten Studien auf, die er von Professoren der Universität Bern erstellen liess. «Wir dulden die schleichend fortschreitende Unterhöhlung der Polizeiarbeit nicht und werden uns weiterhin vehement gegen diese Praxis zur Wehr setzen», unterstreicht Max Hofman.

Weitere Informationen erteilt:

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64